

**II-2271 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

**BUNDESMINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

GZ 10.001/86-Parl/87

Wien, 20. November 1987

Parlamentsdirektion

Parlament
1017 Wien

899/AB

1987 -11- 26

zu 1082/J

Die schriftlich parlamentarische Anfrage Nr. 1082/J-NR/87, betreffend Förderung des Milizgedankens durch Schreiben an Bundesminister über die Beseitigung von Schwierigkeiten bei Kader- und Truppenübungen, die die Abg. Dr. Ermacora und Genossen am 21. Oktober 1987 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1):

Ein derartiges Schreiben wurde vom seinerzeitigen Bundeskanzler Dr. Kreisky an den damaligen Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Frau Dr. Firnberg, am 13.11.1981 verfaßt (das Schreiben liegt in Fotokopie, Beilage A, bei).

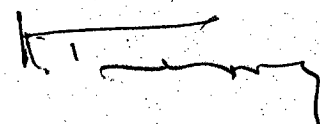
ad 2):

Von Bundesminister Frau Dr. Firnberg wurde der Inhalt dieses Schreibens allen Sektions-, Gruppen- und Abteilungsleitern mit dem Ersuchen bekanntgegeben, den hier aufgezeigten Grundsätzen Rechnung zu tragen (das Rundschreiben Nr. 78/81 liegt als Beilage B bei).

ad 3):

Die Empfehlungen wurden von Frau Dr. Firnberg allen Dienststellen durch Rundschreiben bekanntgegeben (das Rundschreiben Nr. 16/1982 liegt als Beilage C bei).

Der Bundesminister:





Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Z1.354.000/3-III/4/81

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2

Tel. (0222) 66 15/0

5000

13. November 1981

13. November 1981

6097

Frau
Bundesminister für
Wissenschaft und Forschung
Dr. Hertha FIRNBERG
Minoritenplatz 5
1010 Wien

Sehr geehrte Frau Bundesminister!

Liebe Hertha!

Wie Dir ja bekannt ist, ist das Bundesheer seit Anfang 1979 weitgehend milizartig gegliedert. Die neue Organisation ist im Rahmen der Raumverteidigung eine tragende Säule der militärischen Landesverteidigung.

Das neue System besteht im wesentlichen darin, daß die Milizsoldaten eine sechsmonatige Grundausbildung erhalten und erst danach in ihre konkrete Einsatzfunktion in einer bestimmten Landwehreinheit eingeteilt werden.

Für die Landwehr ist es von entscheidender Bedeutung, daß diese eingeteilten Milizsoldaten gemeinsam alle zwei Jahre ihre Truppenübung in der Dauer von 6 Tagen leisten, wobei für das Milizkader jeweils noch 4 - 6 Vorbereitungstage dazukommen.

./.

Ich möchte besonders betonen, daß diese Truppenübungen eine unabdingbare Voraussetzung für die geordnete Mobilmachung und Einsatzbereitschaft der Miliz sind. Die gemeinsame Teilnahme an ihnen ist daher auch eine Existenzfrage des gegenwärtigen Wehrsystems.

Es ist jedoch bekannt, daß trotz vorzeitiger Ankündigung des Termines der Truppenübung (in der Regel ein Jahr vorher) es zu zeitlichen Kollisionen mit beruflichen Interessen kommt und von den Milizsoldaten in bemerkenswertem Ausmaß Ersatztermine beantragt werden.

Da die jeweilige Landwehreinheit aber nur während der Zeit der Truppenübung gemeinsam üben kann, würde eine Einberufung zu einem Ersatztermin nur ein reines Ableisten der Übungstage außerhalb dieses Landwehrverbandes bedeuten und damit den Zweck verfehlen.

Ein beachtlicher Teil der Milizsoldaten ist im öffentlichen Dienst tätig. Da diesem unbestritten ein gewisser allgemeiner Vorbildcharakter zukommt, darf ich Dich ersuchen, diesem Problem Deine Aufmerksamkeit zu widmen und vor allem auch die höhere Beamtschaft als dienstliche Vorgesetzte solcher Milizsoldaten im erforderlichen Ausmaß über die hohe Bedeutung der Truppenübungen für das Milizheer zu informieren. Ich bin überzeugt, daß es möglich ist, bei einigem guten Willen und unter der gegebenen Voraussetzung einer langfristigen Vorankündigung des betreffenden Zeitpunktes in jedem Fall die Freistellung der jungen Männer für die erforderliche Zeit sicherzustellen.

Mit besten Grüßen



**BUNDESMINISTERIUM
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

100
Bg B

Zl. 17.361/11 - 1/1981

Ableistung von Truppenübungen
nach dem Wehrgesetz;
Anträge auf Befreiung von Amts wegen;
generelle Hinweise.

RUNDSCHREIBEN Nr. 78/1981

An die
Sektions-, Gruppen- und
Abteilungsleiter

im HAUSE

Gemäß § 37 Absatz 2 des Wehrgesetzes, BGBI.
Nr. 150/1978, können Wehrpflichtige von der Ableistung von Truppenübungen von
Amts wegen befreit werden, wenn und solange es militärische Rücksichten oder
sonstige öffentliche Interessen - insbesondere gesamtwirtschaftliche und fami-
lienpolitische Interessen - erfordern.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß solche Anträge
des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung an das Bundesministerium
für Landesverteidigung nur in wirklich begründeten Ausnahmefällen gestellt
werden.

Das Bundesheer ist seit Anfang des Jahres 1979 weitge-
hend milizartig gegliedert. Die neue Organisation ist im Rahmen der Raumver-
teidigung eine tragende Säule der militärischen Landesverteidigung.

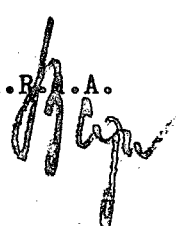
Das neue System besteht im wesentlichen darin, daß die
Milizsoldaten eine 6-monatige Grundausbildung erhalten und erst danach in ihre
konkrete Ersatzfunktion in einer bestimmten Landwehreinheit eingeteilt werden.

Für die Landwehr ist es von entscheidender Bedeutung,
daß diese eingeteilten Milizsoldaten gemeinsam alle 2 Jahre ihre Truppenübun-
gen in der Dauer von 6 Tagen leisten, wobei für das Milizkader jeweils noch
vier bis sechs Vorbereitungstage dazukommen. Diese Truppenübungen sind eine
unabdingbare Voraussetzung für die geordnete Mobilmachung und Einsatzbereit-
schaft der Miliz. Die gemeinsame Teilnahme an ihnen ist daher auch eine Exi-
stenzfrage des gegenwärtigen Wehrsystems.

Im allgemeinen erfolgen Einberufungen zu diesen Trup-
penübungen so rechtzeitig - in den meisten Fällen erfolgt seitens des Bundes-
ministeriums für Landesverteidigung bis zu einem Jahr im voraus eine Vorinfor-
mation - daß die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes durch interne organisa-
torische Maßnahmen jederzeit sichergestellt werden kann.

Wien, am 31. Dezember 1981
Der Bundesminister:
Dr. FIRNBERG

F.d.B.G.A.



BUNDESMINISTERIUM
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

18g C

Zl.769/4-110/82

Ableistung von Truppenübungen nach
dem Wehrgesetz;
Anträge auf Befreiungen von Amts wegen;
generelle Hinweise.

RUNDSCHREIBEN Nr. 16/1982

An alle
Dienststellen

Im Nachhang zum ho.Rundschreiben vom
29.Jänner 1981, Nr. 14/1981, GZ. 769/1-110/81, betreffend
die Befreiung von Truppenübungen, wird darauf aufmerksam
gemacht, daß solche Anträge des Bundesministeriums für
Wissenschaft und Forschung an das Bundesministerium für
Landesverteidigung nur in wirklich begründeten Ausnahme-
fällen gestellt werden dürfen.

Gemäß § 37 Absatz 2 des Wehrgesetzes,
BGBI. Nr.150/1978, können Wehrpflichtige von der Ableistung
von Truppenübungen von Amts wegen befreit werden, wenn und
solange es militärische Rücksichten oder sonstige öffentliche
Interessen- insbesondere gesamtwirtschaftliche und familien-
politische Interessen - erfordern.

Das Bundesheer ist seit Anfang des
Jahres 1979 weitgehend milizartig gegliedert. Die neue Or-
ganisation ist im Rahmen der Raumverteidigung eine tragende
Säule der militärischen Landesverteidigung.

Das neue System besteht im wesentlichen
darin, daß die Milizsoldaten eine 6-monatige Grundausbildung
erhalten und erst danach in ihre konkrete Ersatzfunktion in
einer bestimmten Landwehreinheit eingeteilt werden.

Für die Landwehr ist es von entschei-
dender Bedeutung, daß diese eingeteilten Milizsoldaten gemein-
sam alle 2 Jahre ihre Truppenübungen in der Dauer von 6 Tagen
leisten, wobei für das Milizkader jeweils noch vier bis sechs

- 2 -

Vorbereitungstage dazukommen. Diese Truppenübungen sind eine unabdingbare Voraussetzung für die geordnete Mobilmachung und Einsatzbereitschaft der Miliz. Die gemeinsame Teilnahme an ihnen ist daher auch eine Existenzfrage des gegenwärtigen Wehrsystems.

Im allgemeinen erfolgen Einberufungen zu diesen Truppenübungen so rechtzeitig - in den meisten Fällen erfolgt seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung bis zu einem Jahr im voraus eine Vorinformation - daß die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes durch interne organisatorische Maßnahmen jederzeit sichergestellt werden kann.

Es wird eindringlich darauf hingewiesen, daß allfällige begründete Anträge an das Bundesministerium für Landesverteidigung so rechtzeitig zu stellen sind, daß das Bundesministerium für Landesverteidigung in der Lage ist, vor einer Entscheidung noch eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung einzuholen.

Bei Nichtbeachtung könnte allenfalls auch eine Rücknahme der an die Universitäten und Kunsthochschulen erfolgte Delegierung der Antragstellung in Erwägung gezogen werden.

Wien, am 23. Jänner 1982

Der Bundesminister:

Dr. FIRNBERG

F.d.R.d.A.
